

Baum

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und
Sonntag früh 7 Uhr.
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

M. 56. Sonnabend den 9. April. 1881.

Für das laufende Quartal werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 125 resp. 120 Pf. von allen Postämtern, Postbüros, sowie in der Expedition entgegen genommen.

Die erste Berathung des Arbeiterunfallversicherungsgesetzes.

So viel läßt der Gang der ersten Lesung des Gesetzentwurfs über die Arbeiterunfallversicherung mit Gewißheit erkennen, daß derselbe in der gegenwärtigen Reichstagesession noch nicht zu einem eigentlichen Abschluß gelangen wird. Nicht nur, weil die Meinungen über die Materie noch weit auseinandergehen, sondern mehr noch, weil die Vorlage ihrem Inhalte nach vollständig unferdig ist, weil sie gar nicht das Bedürfnis zum Erlasse eines solchen Gesetzes durch Thatsachen und Zahlen begründet, sondern es nur auf mehr theoretischem Wege darzulegen sucht, weil sie durchaus nicht mit genügender Genauigkeit die Ausdehnung, welche die vorgeschlagenen Institutionen erhalten sollen, bestimmen läßt, weil man sich von den Wirkungen des Gesetzes gar keine genügende Vorstellung machen kann. Ob z. B. eine Anzahl wichtiger Betriebe unter das Gesetz fallen oder nicht, bleibt unklar, über die Höhe der Prämienlage werden auch nicht einmal annähernde Angaben gemacht oder Rückschlüsse angeführt. Es wäre unverantwortlich, wenn die Abgeordneten auf solch unsicherer Grundlage ein Votum fällen sollten, dessen Tragweite zu übersehen sie gar nicht im Stande sind. Der Urheber des Gesetzentwurfs weiß sehr wohl und hat darum auch in seiner Rede am Sonnabend auf das Zustandekommen des Gesetzes in dieser Session verzichtet. Man muß auch zugeben, daß die Beschaffung des betreffenden Materials sehr schwierig ist, in der Zeit, welche zur Bearbeitung zur Verfügung stand, vielleicht unmöglich war. Aber man kann wohl mit Recht fragen: Warum legte man Entwürfe in so unfertiger Form und mit so unangenehmer Begründung vor? Warum wartete man nicht damit, bis die genügenden Grundlagen gewonnen waren?

Fürst Bismarck hat auch hierüber in seiner Rede ausreichenden Aufschluß gegeben: die Vorlage ist — und vielleicht das wichtigste — der „klaren Ereignisse“, welche die bevorstehenden Reichstagswahlen in dem gewünschten Sinne beeinflussen sollen. Der Reichskanzler hat angesichts der nicht zu verkennenden Strömung nach links diese Besorgnisse vor dem Ausfall dieser Wahlen, die letzten Wahlen im Sommer 1878 fanden unter dem Einfluß der schändlichen Attentate statt; ist anzunehmen, daß die bürgerlichen Mittel- und kleinen in Stadt und Land, welche gewöhnlich den Vorschlag geben, diesmal unter dem beständigen, unruhigenden erzeugenden Einfluß immer neuer Steuerprojecte die Opposition verstärken werden. Gegen die mittleren Schichten sollen nun die Arbeiter gewonnen und in's Feld geführt werden. Das Recept ist nicht neu, es ist ja schon seit Jahren des Clever in den Sechziger Jahren, als Lassalle und seine Anhänger begünstigt wurden, in Preußen versucht worden. Es gelang damals in geringem Grade; die durch Lassalle erzeugte Bewegung gewann nur allmählich an Terrain,

und die Arbeiter fielen bei dem preussischen Dreiklassenwahlrecht auch weniger in's Gewicht. Bei den Reichstagswahlen liegen die Verhältnisse für die abermals aufgenommene Taktik viel günstiger. Bis jetzt haben sich freilich die Arbeiterkreise noch durchaus nicht durch die Postungen gewinnen lassen; Hunderte von Petitionen liegen im Reichstage bereits gegen die Vorlage vor, keine dafür. Aber der Reichskanzler tröstet sich damit, daß die Sache noch nicht genügend in die Arbeiterkreise eingedrungen ist, und seine Rede hat den Zweck, dahin zu wirken. Sie ist in dieser Beziehung recht geschickt. Sie wirft alles Licht auf eine, allen Schattens auf die andere Seite. Ob der Versuch Erfolg haben wird, steht dahin.

Die Vorlage will eine auffallende Lücke ausfüllen, welche das Haftpflichtgesetz gelassen. Alle Parteien sind bereit, diese Lücke auszufüllen. Aber der Entwurf geht weit darüber hinaus, indem er sich auf das Feld des Sozialismus bezieht. Alle Parteien sind darin einig, die beiden Hauptpunkte, welche der Vorlage den sozialistischen Charakter geben — den Beitrag aus Reichs- oder Staatsfonds und die Reichsversicherungsanstalt — abzulehnen. Die Herren Richter und Stumm, Baumberger und v. Marschall stimmen in diesem Punkte überein, obgleich sie in der Motivierung auseinandergehen. Fürst Bismarck erklärt aber, daß ihm gerade Das, was alle Parteien verwerfen, die Hauptfache ist. Er wirft Allen vor, die nicht seiner Meinung sind, daß sie sich lediglich von Parteirücksichten leiten lassen. Nur er allein behandelt die Frage rein sachlich. Wiederlegt wird dies durch die Thatsache, daß die von den verschiedensten Parteistandpunkten ausgehenden, die Konservativen ebenso wie die Liberalen, in beiden Hauptpunkten übereinstimmen. Trotz dieser Uebereinstimmung richtet der Kanzler seine Hauptangriffe gegen die Abg. Baumberger, Lafer und Richter, ein Beweis dafür, daß er die Gefahr erkennt, welche die Linksströmung im Volk für seine Pläne enthält.

Fürst Bismarck hat das Stück Sozialismus, welches die Vorlage enthält, mit dem Ausdruck „praktisches Christenthum“ bezeichnet. Tags vorher schon hatte der orthodoxe evangelische Theologe Dr. Baumgarten gegen eine solche Vermischung von Politik und Religion protestirt. Das Christenthum — sagte er — beruhe auf der Freiheit, der Staat auf der Nothwendigkeit, und so lange Freiheit und Nothwendigkeit im Widerspruch stehen — und das ist immer gewesen und wird immer sein — habe es einen christlichen Staat nie gegeben und werde es nie einen geben. Dieser Ausdruck stehe auch mit der Verfassung und mit den Gesetzen im Widerspruch, sei also weder logisch noch legitim. Wir müßten uns hüten vor der Verführung durch den Heiligenschein des „christlichen Staates“; denn ein Heiligtum werde durch nichts so verunreinigt und geschädigt als durch den Heiligenschein.

Politische Uebersicht.

Der Reichstag hat am 6. April seine Disser-
ferien angetreten. Am 26. April sollen die Ar-
beiten wieder aufgenommen werden. Nach Ueber-
weisung des Unfallversicherungsgesetzes

an eine Kommission brachte der Reichstag noch das so lange von weiten Kreisen ersehnte Gesetz über die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Reichsbeamten glücklich in dritter Lesung unter Dach, während einige andere ebenfalls bis zur endgültigen Abstimmung geförderte Vorlagen wegen der schon seit einiger Zeit eingetretenen Beschlußunfähigkeit liegen bleiben mußten. Diese Beschlußunfähigkeit ließ auch eine Entscheidung über die geschäftliche Behandlung des Gesetzes betr. die Bekämpfung der Trunkenheit, dessen erste Berathung zu Ende geführt wurde, noch nicht zu Stande kommen. Von besonderer Wichtigkeit war die vom Reichstage fast einstimmig beschlossene Resolution, durch welche die Reichsregierung aufgefordert wurde, eine internationale Vereinbarung gegen die auf den Fürstenmord gerichteten Bestrebungen zu treffen. Während die Sozialdemokraten, da sie nicht zum Worte kamen, also ihr beabsichtigtes ablehnendes Votum nicht begründen konnten, sich „um Mißdeutungen zu verhüten“, der Abstimmung enthielten, stimmten vom ganzen Hause nur zwei Mitglieder der Fortschrittspartei gegen die Resolution. Zwei derselben ist bekanntlich, die deutsche Regierung zu unterstützen, wenn sie es für angezeigt hält, gegen die bezeichneten Bestrebungen, welche namentlich in der Schweiz und in England von nihilistischen und sozialrevolutionären Elementen unter Mißbrauch des Asylrechts offen gefördert werden, im Wege diplomatischer Verhandlungen vorzugehen. Ob dies geschehen wird, das hängt von der Bereitwilligkeit der übrigen Staaten ab, auf den Gedanken einzugehen. Bis jetzt ist davon aber zumeist noch nicht viel zu erkennen. Man scheint die Besorgnis zu hegen, das Asylrecht könnte, wenn erst einmal angefangen würde zu verhandeln, ganz und gar zu Schaden kommen.

Die preussische Regierung und die Ultramontanen sind jetzt sehr höflich mit einander; sie erweisen sich einander keine Liebendwürdigkeiten, die nichts kosten, aber sie trauen sich gegenseitig nicht über den Weg. Es ist dem Centrum von ferne die Möglichkeit einer Nachsession des Landtags nach Pfingsten gezeigt worden, in der eine neue, die weitere Revision der Maßgesetze enthaltende kirchenpolitische Vorlage den Hauptgegenstand der Berathung bilden soll. Jetzt sagen die Offizien, über eine Nachsession seien bisher gar keine ernstlichen Erwägungen angestellt worden; es sei ja nicht ganz unmöglich, daß eine solche nothwendig sein werde, aber bis jetzt lägen gar keine Thatsachen dafür vor. Das will wohl sagen, daß die Regierung auf ein weiteres Entgegenkommen Roms gerechnet habe, das bis jetzt nicht eingetreten ist. Herr v. Buttkeamer möchte freilich dessen ungeachtet der Curie immer weiter entgegenkommen; aber es giebt Factoren, welche den Cultusminister verhindern, seinen Gelüsten ganz zu folgen.

Die Prager Universitätsfrage ist, wie man aus Wien schreibt, nunmehr definitiv gelöst. Die österreichische Regierung beschloß, neben der alten deutschen Hochschule eine besondere czechische Universität in der böhmischen Hauptstadt zu errichten. Nur der altbewährte Name Carolus-Ferdinandea soll beiden Hochschulen gemeinsam sein und außerdem bleibt den Cechen die Benützung des Promotionssaales der deutschen Uni-

verfügt gestattet. In allem Uebrigen sollen die zwei Hochschulen vollständig getrennt von einander sein. Die Lösung bedeutet eine Zurückweisung der gesetzlichen Ansprüche, welche, nachdem sie ursprünglich eine eigene geistliche Universität verlangt hatten, in den letzten Jahren schlangweg die Auslieferung der deutschen forderten. Ein kaiserliches Reskript dürfte demnach schon die Entscheidung in der Universitätsfrage verhandeln, und mit der Ausführung will man sich berath beilehen, daß einige Fakultäten noch im Laufe dieses Jahres ins Leben treten können.

In der **italienischen** Deputirtenkammer haben die Besorgnisse wegen eines Vorgehens Frankreichs gegen Tunis, das Italien gleichsam als sein Erbsitz betrachtet, aufgeregte Senen herbeigeführt und wird voraussichtlich der Regierung wegen ihrer vertrauensseligen Haltung in dieser Angelegenheit ein Mißtrauensvotum ertheilt werden. — Auch die in Folge des Petersburger Attentats aufgetauchte Frage der Beschränkung des Asylrechts findet sowohl im Parlament wie in der italienischen Presse entscheidene Gegner, so daß sich die Regierung genöthigt sieht, Anträge auszuwärten, die bis jetzt noch nicht erlangt sind, sehr reservirt näher zu treten.

Frankreich trifft etwas zu umfassende Vorkehrungen zu dem Felzuge gegen die tunesischen Räuberhorden und kann man sich trotz der Versicherung, daß es nur gelte, dieselben zu züchtigen, des Verdachts nicht erwehren, daß weitergehende Pläne von der Politik unseres Nachbarreiches verfocht werden. Das Expeditionscorps nach der Grenze von Tunis wird etwa 15 000 Mann stark sein und durch ein Reservecorps von 10 000 Mann unterstützt werden. Das eigentliche Vorgehen soll erst erfolgen, wenn genügende Streitkräfte in Linie sind, um einen entscheidenden Schlag mit Sicherheit zu führen. Daß sogleich Kriegsschiffe mit Landungstruppen nach dem Hafen von Tunis abgehen sollen, wird vorläufig als ungenau bezeichnet.

Die Gerüchte über eine im Mai d. J. beabsichtigte Zusammenkunft des **russischen** Kaisers mit den Monarchen Deutschlands und Oesterreichs haben so feste Gestalt angenommen, daß an ihrer Begründung kaum noch zu zweifeln ist. — In Petersburg haben am Donnerstage die Verhandlungen gegen die wegen Kaiserermordes resp. Beihilfe hierzu angeklagten Nihilisten Ruffakoff und Benofien begonnen. Gegen 80 Zeugen sind vorgeladen.

Die **englische** Regierung ist bekanntlich gegen die von der bekannten Moskischen „Freiheit“ betriebene Aufhebung der deutschen Sozialdemokraten zum Königsmorde eingeschritten. Mosk ist, wie wir bereits mittheilten, wegen eines schandbaren Artikels über das Petersburger Attentat verhaftet und in Anklagezustand versetzt und die Druckerei seines Blattes polizeilich geschlossen worden. Nun kommt die unerhörte Nachricht, daß das Schandblatt des gesüchteten deutschen Agitators von zwei radikalen Mitgliedern des englischen Ministeriums durch Geldmittel unterstützt worden sei. Wie sich voraussehen ließ, gab diese sensationelle Meldung alsbald im englischen Unterhause Veranlassung zu einer Interpellation, deren Resultat uns der Telegraph übermittelt. Danach beantwortete der Generalkaasprocursor James die von Churchill gestellte Anfrage dahin, er sei vom Unterhaassecretär Dilke und vom Admiralitätslord Brassey zu der Erklärung autorisirt, daß die Beschuldigung in jeder Art und in jeder Form eine unbegründete sei. Es hätte sich wohl gezeigt, daß Churchill, bevor er seine Beschuldigungen erhob, erst deren Befähigung nachgesehen hätte (Beifall); da aber die Beschuldigung einmal gemacht sei, müsse er Churchill auffordern, die Kronjuristen, das Unterhaus und das Publikum in den Stand zu setzen, sich über die Quelle einer so grundlosen Beschuldigung zu informieren. Churchill nannte Maltman Day und den Schatzmeister der „Freiheit“ als seine Quelle und fügte hinzu, Beide seien in Bezug auf Dilke bereit, ihre Mittheilung an der Barre des Unterhauses zu erörtern. Brassey anlangend, so habe sich dessen Beitrag nicht auf die „Freiheit“ bezogen. Dilke erklärte, er habe von der „Freiheit“ bis zum Erscheinen des Mordartikels

nichts gehört, bis dahin dieselbe auch nicht zu Gesicht bekommen, die Nachricht Churchill sei unwahr. (Beifall.) Churchill gab noch seiner Verfriedigung darüber Ausdruck, daß er das Dementi einer so ersten Nachricht herbeigeführt habe. — Die Verhandlungen gegen Mosk haben bereits begonnen und wurde der wiederholte Antrag auf Freilassung des Angeklagten gegen Caution zurückgewiesen.

Wie aus Athen gemeldet wird, sind sämmtliche europäische Botschafter beauftragt, identische, von den Botschaftern in Konstantinopel redigirte und von den gesammten Kabinetten gebilligte Noten der **griechischen** Regierung zu übergeben, in welchen dieselbe ersucht wird, die neue Grenzlinie, welche der Konferenzlinie substituir ist, anzunehmen. Die diplomatische Aktion wird höchst energisch betrieben, damit die Grenzfrage baldigst erledigt werde. Die „Politische Correspondenz“ meldet aus Konstantinopel: Die Pforte verlangt die schleunigste Lösung des Grenzstreites und will, wenn Griechenland die Vorschläge der Mächte annimmt, das neue Grenzgebiet sofort übergeben, damit sie die Truppen entlassen könne, welche unerschwingliche Kosten verursachen. Bileitch hat der Sultan auch noch die Nebenabsicht, den etwaigen Annerionsgeflüsten Frankreichs gegenüber als Diktator von Tunis die Hände frei zu bekommen.

In der **rumänischen** Deputirtenkammer theilte der Minister des Auswärtigen mit, daß in den letzten Tagen Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Rußland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika das Königreich Rumänien anerkannt haben. — Der Senat hat mit 34 gegen 5 Stimmen das Gesetz betreffend die Ausweisung von Ausländern, welche die Sicherheit des Staats gefährden, mit einem Amendement angenommen, wonach Ermordungs- und Vergiftungsversuche gegen die Person eines fremden Staatsoberhauptes oder gegen die Mitglieder seiner Familie als politische Verbrechen nicht anzusehen sind.

Japan und **China** stehen gegenwärtig auf sehr gespanntem Fuße. China will augenblicklich seine Kriegsbereitschaft dazu benutzen, um Japan zu zwingen, ihm Genugthuung in der Lien-Kin-Frage, der Koreafrage, sowie in anderen Fragen zu geben, durch deren Austrag sich die chinesische Regierung verlegt fühlt. Bereits hat sich eine japanische Kriegsfregatte nach Shanpau begeben, um das dortige japanische Konsulat abzuholen.

Deutschland.

— (Die Abreise des Kaisers) nach Wiesbaden ist für die Zeit gleich nach dem Osterfest in Aussicht genommen, einer endgültigen Bestimmung aber noch vorbehalten.

— (Besuch des russischen Kaisers.) Es verlautet jetzt mit Bestimmtheit, daß der russische Kaiser Ende Mai nach Berlin kommen werde um unsere kaiserliche Familie zu besuchen und den Frühlingsparaden der Garbtruppen beizuwohnen. Kaiser Alexander III. soll diesen seinen Besuch unserem Kronprinzen in Petersburg versprochen haben.

— (Der außerordentliche Botschafter Rußlands.) Fülgeladjutant Fürst Suwarow, wurde Mittwoch gegen 1 Uhr in königlicher Galaquipage aus dem russischen Botschaftspalais nach dem königlichen Palais abgeholt, wo er Sr. Majestät dem Kaiser im Fahnenzimmer ein Handschreiben Sr. Majestät Kaiser Alexander III., in welchem dieser seine Thronbesteigung officiell mittheilt, überreichte. Der Fürst trug russische Generaluniform, während der Kaiser die Uniform eines russischen Generalfeldmarschalls mit betreffendem Ordensband und den militärischen Trauerattributen angelegt hatte. Fürst Suwarow war nur von seinem Adjutanten begleitet. Nach der Audienz wurde dem Botschafter noch die Ehre zu Theil, von Ihrer Majestät der Kaiserin empfangen zu werden. Nachmittag wurde er vom Kronprinzenpaar in deren Palais empfangen und freute derselbe am Donnerstag den übrigen Mitgliedern der königlichen Familie seinen Besuch ab.

— (In der „Nordb. Allg. Ztg.“) lesen wir folgende offiziöse Notiz: „Dem Vernehmen nach hat der Reichskanzler vor einiger Zeit

an verschiedene Bundesregierungen, unter Anderem auch an die von Meiningen (genießt doch auch an die preussische?), eine schriftliche Mittheilung gerichtet, in welcher die Regierungen unter Hinweis auf Artikel 17 der Reichsverfassung ersucht werden, darüber zu wachen, daß ihren Verwaltungs- und Gerichtsbeamten die amtliche Beeinflussung der Reichstagswahlen unterlag und ihnen diejenige Zurückhaltung anempfohlen werde, welche den Gesetzen und der Achtung vor der Freiheit der Wahl entspricht.“ Wir werden bei den nächsten Wahlen also hoffentlich von amtlichen Wahlbeeinflussungen auch in Preußen nichts mehr vernehmen.

— Die zweite bayerische Kammer hat den Antrag Hasenbräbels auf Abschaffung des siebensten Schuljahrs in namentlicher Abstimmung mit 77 gegen 62 Stimmen angenommen; die Linke stimmte geschlossen gegen die Rechte.

— (Zur Freihaasfrage.) Die Bürgerchaft Bremens hat am 6. d. dem Antrage des Senates entsprechend einen Vertrauensauschuss von zwölf Mitgliedern ernannt, welcher mit dem Senate gemeinschaftlich die Freihaasfrage erörtern, und einem von der Bürgerchaft besonders aufgetragenen Commissarium gemäß die Bedingungen unter denen der Anschluß an den Zollverein überhaupt möglich ist, ermitteln und feststellen soll. — In Hamburg ist der Senatsantrag betreffend die Wahl von neun Vertrauensmännern aus der Bürgerchaft zur Vorberathung des Zollanschlusses von der Bürgerchaft definitiv angenommen worden. Genählt wurden Soman Hinrichsen, Lutteroth, Straß, Gremer, Dannerberg, der Brennereibesitzer Peters und Robinow.

— (Aus den Reichsländen.) Der Unterstaatssecretär v. Pommer-Esche hat den Direktoren mehrerer französischer Versicherungsgesellschaften auf die Frage, ob die Regierung im Allgemeinen den französischen Gesellschaften das Recht zugesetzt, die Klausel der meistbegünstigten Nation im Frankfurter Vertrage zu ihren Gunsten geltend zu machen, eine verneinende Antwort ertheilt. Was speziell die Reichslände betrifft, wird zugleich im Namen des Statthalters erklärt, daß derselbe jedes Gesuch einer französischen Gesellschaft um die behördliche Erlaubnis für erforderlich halte Autorisation, um im Reichslände Agenturen errichten zu dürfen, abschläglic beantwortet würde: die civilrechtliche Gültigkeit der bereits von den Versicherten abgeschlossenen Kontrakte wird durch den Erlaß vom 11. März nicht berührt.

Nunmehr verlautet, daß die französische Regierung in Folge der Ausschließung französischer Affekturen Gesellschaften vom eßa-tohringischen Geschäftswagen wolle, ob nicht den deutschen Versicherungs-Gesellschaften der Geschäftsbetrieb Frankreich zu unterlagen sei.

Parlamentarische Nachrichten.

Reichstag. Mittwoch Sitzung. In heutiger Sitzung wurde eine Reihe von Petitionen als zur Berathung im Plenum ungeeignet bezeichnet und eine Petition wegen Abänderung internationalen Reblausconvention dem Reichstagsler zur Kenntnisaahme überwiesen. Darauf hat das Haus die Berathung des Gesetzentwurfs die Bekrafung der Trunkenheit fortgelangten zum Wort die Abg. Reichensperg, v. Malhan und Staatssecretär Schelling. Die Discussion behandelte den der Vorlage, bei welchem es sich darum handelte ein Delict zu schaffen, nämlich das Sich-Ber- in den Zustand der Trunkenheit. Die verbündeten Regierungen lehnen es aber ab, dafür eine Strafe festzusetzen, sie setzen eine Scala von Strafen fest, je nach der Strafbarkeit der in der Trunkenheit begangenen Handlungen. Nach dem Ende der Debatte konstatirte der Abg. Hasenbräbel, daß seine Partei nicht zum Worte gekommen und beantragte vor der Abstimmung über den Antrag auf Verweisung des Gesetz-Entwurfs an Commission die Auszählung des Hauses, die Anwesenheit von 147 Mitgliedern, als Beschlußfähigkeitsergab.

Darauf schloß der Präsident die Sitzung und raunte die nächste auf Dienstag den 26. April (Fortsetzung auf der Beilage.)

Wohnungs-Veränderung.

Meine Wohnung befindet sich vom 1. April ab
Schmalstraße Nr. 6 und halte dieselbe den, Erzbis-
chof zum Detail-Verkauf auf Lager.
Ich werde stets bemüht sein, nur gute Waare zum
Billigsten Verkauf zu bringen.
Louis Weniger.

Wohnungs-Veränderung.

Meinen werthen Kunden zur Nach-
richt, daß ich nicht mehr Fischerstraße
Nr. 7, sondern Brühl Nr. 13 wohne.
Gleichzeitig bemerke ich, daß durch
meinen Umzug keine Veränderung in
meinem Geschäft vorliegt, sondern
dasselbe fortführe wie bisher.
Alle Bestellungen in Karssen, Fluß-
und Seefischen werden gut und prompt
ausgeführt. Bestellungen werden in
meinem Geschäft unterm Rathskeller
der Brühl Nr. 13 erbeten.
Fluß- und Seefisch-Handlung
von **Gottfried Dorias.**

Für gesunde starke
Nussbäume
franco Halle a/S. v. v. Kubitzky 2 Markt
Hr. Schmidt, Halle a/S.,
2882 H. Möbel- und Billard-Fabrik.

**Hoggenkleie,
Zuttermehl,
Leinmehl,
Leinöl,
Amerik. Mais**
Heinr. Schultze jr.,
Producten-Gesellschaft.

Polster-Möbel-Magazin
von
Otto Bernhardt,
Markt 26.

Größtes Lager fertiger Sophas von 12 1/2 Fhr. an
in gelehrte in Kuchbaum und Mahagoni 20 Fhr.,
Lampfen (deutsch und französisch) 24 Fhr., Vehn- u.
um Reichthümliche 12 1/2 Fhr., Bettstellen mit Matrasen
ab 12 Fhr., Sophasette in jeder Holzart von 4 Fhr.,
Wasserlosets (Nachtstuhl), sehr praktisch für Kranke,
Unterfüße, Glastische, Gaudelzer u. Fußbän-
ke billigst, Hochstühle jeder Art liefern zum Fabrik-
preis.
11. März nicht
die französische
französischer
lothringischen
an teurischen
en der Geschäfte
gen sei.

**Ia. reine bayr. Butter pr. Pfd. 1,25,
Ia. bayr. Schmelzbutter " " 1,10**
Richard Helbig,
Burgstr. 9.

Gummischuhe

werden dauerhaft reparirt bei
Jul. Wehne, kleine Ritterstraße 1.
Ho-Caffee pr. Pfd. Mk. 1,50 gebrannt,
1,25 ungebrannt
" als ganz vorzüglich im Geschmack
Richard Helbig,
Burgstr. 9.

Öffentlichler Dank!

dem Heilfürsiger G. Pfeiffer in Merseburg,
Friedrichstraße 8,
für die glücklichen Heilungen, wo alle ärztliche Hülfe
nichts und als unheilbar erklärt wurde.
An Epilepsie und Fallstich fünf, Gehirnentzün-
dungen, schlech. Nervenleiden, sehr dem Tode nahe,
Hautausschl. Frauenkrankheit, Mutterbr., Nabel-
hernie, For. Volip., Augenkrankheit, Schwerh.,
Hohlnagel, wo Amputation erklärt war.
Aus Gründen Namensverh. b. ob. Geheille er-
heilen gern Auskunft! Berpflichtigung: Zum Wohlte der
überlebenden Menschheit!
Zu sprechen in Merseburg Mittwoch und Sonn-
abend in der Restauration von Wostfeld, Delgrube.

Adress-u. Visitenkarten,

Briefpapier mit Firma u. Monogramm
steht zu soliden Preisen in geschmackvoller Ausführung
F. Karus, Brühl 17.

Kohlensteine

aus Dörstewitzer Kohle geformt, pro 1000 Stück ab Lager Mk. 7,— offerirt
Ed. Klauss.

Für Confirmanden

empfehlte sein reich assortirtes
Schuh- und Stiefelwaaren-Lager
zu allerbilligsten Preisen.
Julius Wehne, kl. Ritterstraße Nr. 1.

Otto Scholz,
Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren-Magazin,
29 Gotthardsstraße 29,
empfehlte sein Lager von einfachen bis feinsten Möbeln, sowie große Aus-
wahl in Spiegeln und Polstermöbeln in nur solider Ausführung.

Nächsten Dienstag frisches Lichte-
bier in der
Stadtbrauerei.

2. Sächsisch-Thüringische
Pferde-Lotterie zu Merseburg.
Hauptgewinn: 1 Equipage mit 4 Pferden 9000 Mk. Werth.
Ziehung am 28. Mai 1881. Loose à 3 Mk. bei
Louis Zehender in Merseburg, [H. 5908]
Carl Krebs in Luedlburg, Hotelbes. C. Zimmermann in Mägeln.

Geschäfts-Eröffnung.
Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heu-
tigen Tage Unteraltersburg Nr. 1 ein
Barbier- und Haarschneide-Cabinet
eröffnet habe und bitte um geneigten Zuspruch.
S. Hoppe, Barbier.
NB. Sämtliche Haararbeiten werden prompt und
sauber angefertigt.
D. D.

Grude-Coaks
Kohlen und Fahren zu Fabrikpreisen, kleinere Quan-
tums billigst.
Carl Baum jun.,
Merseburg, Delgrube.

**Kohlen, Linsen, Erbsen, geschälte
Erbsen**
in vorzüglichstender Waare bei
Richard Helbig,
Burgstr. 9.

Bernhard Brechtel,
Hutmachermeister,
Nothmarkt Nr. 5,
empfehlte sein wohlfortirtes Hut- und Filzwaaren-
Lager in größter Auswahl von den feinsten Novitäten
bis zum ordinärsten in Seidenhüten (Cylinder), Filz-
Loden, Strohh., Tuch, Nips, Sammet, Drell, Leinen-
und Kinder zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Alle Reparaturen an Seiden- (Cylinder), Filz-, Stoff-
Loden-Hüten u. s. w. werden bei mir selbst nur sauber
und gut nach den neuesten Façons umgearbeitet. Neueste
Formen, sowie Garnitur liegen zur Ansicht bereit.
Stroh Hüte werden sauber gewaschen und gefärbt.
D. O.

Berliner Oefen.
Defen in allen Dimensionen, einfach und reich ver-
ziert, sowie Kachelnimmungen von den größten bis
zu den kleinsten. Zum Umsetzen und Repariren der-
selben empfehlte sich ganz ergebenst
J. Zipliesky,
nebenbei Vertreter der sächsischen Porzellanfabrik in Weissen,
Johannisstraße Nr. 12.

Mälzerstr. Nr. 10. Mälzerstr. Nr. 10,
**Regelspiel-
Bockholzkugeln**
empfehlte billigst
Dreherei von
August Pitzschker.

**Billard-Kreide, fein glasiert,
Queeleder, echt französische, und
Kleber**
empfehlte billigst

A. Pitzschker,
Mälzerstr. Nr. 10. Mälzerstr. Nr. 10,
Einladung

zu der am 28. Mai 1881 auf dem Rulantplatz
bei Merseburg stattfindenden
Bezirks-Thierschau
des südwestlich der Mulde gelegenen Theiles des
Regierungs-Bezirks Merseburg,
IV. Bezirk,
verbunden mit einer Ausstellung von Schweinen,
sowie landwirthschaftlichen Maschinen und Geräthen,
ausgeführt vom

**Landwirthschaftlichen Kreis-Verein
zu Merseburg.**

Sämtliche Bewohner des Bezirks sind berechtigt,
sich um die ausgelegten Preise zu bewerben.
Die auszustellenden Thiere, sowie die landwirthschaft-
lichen Maschinen und Geräthe müssen bis früh 8 Uhr
am Tage sein und bis nachmittags 4 Uhr auf den an-
gewiesenen Ständen verbleiben.
Die zur Beurteilung kommenden Preise stellen sich:
1) für Pferde auf 1900 Mark,
2) " Hindvieh " 2600 "
3) " Schweine " 300 "
Für landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe er-
folgen auf die Namen der Aussteller lautende erbetene
Anerkennungen.
Die Anmeldung von Schauthieren und Maschinen zc.
muß bis zum 14. Mai cr. bei dem mitunterzeichneten
General-Inspector Sache hier selbst portofrei erfolgen.
Das Programm für die Thierschau und Formulare
zu der Anmeldung von Schauthieren zc. sind durch
die königlichen Landratsämter, die Vorstände
der im Bezirke bestehenden landwirthschaftlichen
Vereine und den General-Inspector Sache zu be-
ziehen.
An Letzteren sind auch die Anmeldungen zu einem
am Sonntag um 2 1/2 Uhr stattfindenden gemeinschaft-
lichen Mittagessen bis zum 20. Mai cr. zu richten.
Merseburg, den 26. März 1881.
Der Vorstand und das Ausstellungs-Comité des
Landwirthschaftlichen Kreis-Vereins.
Sajonian. Behr. Schottelius. Sachse.
von Heldorf, Landeath. Reinefarth, Bürgermeister.
Berger, Sanirath. Finkels, Dehom. Schulzen.
Gutsbesitzer. Niemer, Heutier. Fönike, Inspector.
Kuhfuß, Kreis-Secretair. Schäper, Domainenpächter.
Kloß. Hagenberg, Antmann - Annarode.

Die Colonialwaaren-Handlung von A. B. Sauerbrey in Merseburg

empfehlst ihr gut assortirtes Lager von Kaffee's, als:

hochfein Mysore Perl,	gebrannt à Pfd.	2 Mk.,	ungebrannt à Pfd.	1,60 Mk.,
" Braun Java,	" " "	2 "	" " "	1,60 "
" großbohlig. Teiglherrn,	" " "	1,80 "	" " "	1,50 "
" blau Java,	" " "	1,40 "	" " "	1,10 "
ff. Campinos, reinschmeckend,	" " "	1,20 "	" " "	1 "

sowie rohe Teiglherri- und Menado-Kaffee's zu 120, 130, 140 und 150 Pf. pr. Pfd.
Bei Abnahme von 5 Pfund an tritt entsprechende Preisermäßigung ein.

Ausverkauf der Louis Naumann'schen Concurs-Masse.

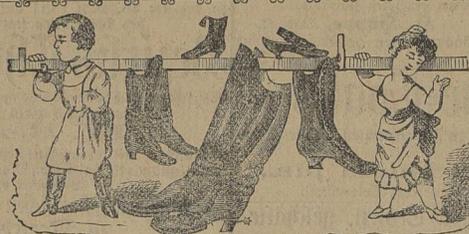
Montag den 11. April d. J., von früh 9 Uhr ab, sollen in dem Geschäftslokale des verstorbenen Herrn Naumann — Gotthardstraße Nr. 43 — Herrenhüte in allen Sorten, Herren- und Damenhandschuhe, Schlipse, Cravatten, Casinez und feinste Parfümerien zu **festen Tagespreisen freihändig** verkauft werden.

Dienstag den 12. April d. J., von früh 9 Uhr ab, sollen ebendasselbst Cigarrenetuis, Portemonnaies, Hofenträger, Wäsche, als Oberhemden, Kragen und Manchetten für Herren, Taschentücher zc., Unterkleider, Strümpfe und verschiedene andere Waaren ebenfalls **freihändig zu festen Tagespreisen** verkauft werden.

Auch kommt ein ziemlicher Posten echter Eau de Cologne (gegenüber dem Zülichspatz) zum Verkauf.

Merseburg, den 6. April 1881.

Der gerichtliche Verwalter der Naumann'schen Concurs-Masse.
Pecholt sen.



Die Niederlage der Kaiserl. Königl. priv. Schuhfabrik Münchengrätz in Böhmen, Halle a/S., Neue Promenade 14 (neben der Volksschule), empfiehlt ihr reichhaltiges gut assortirtes Lager zu billigsten und festen Preisen. **Wiener Ball-, Gesellschafts- und Promenaden-Schuhe** aus eigener Fabrik halte stets das Neueste in reichster Auswahl vorrätig. Bestellungen nach Maß werden unter Garantie des guten Sitzes in kürzester Zeit ohne Preiserschöpfung bestens ausgeführt.

(Nr. 9754.) **H. Kranzenhofer,** Halle a/S., Neue Promenade 14 n. d. Volksschule.

Geschäfts-Empfehlung.

Einem geehrten Publikum hierdurch zur Nachricht, daß ich die Bäckerei meines verstorbenen Mannes in der bisherigen Weise unter der Firma **„Wittwe Hartmann“** fortführen werde. Das meinem verstorbenen Manne in so reichem Maße erwiesene Vertrauen, bitte ich gütigst auf mich übertragen zu wollen.
Merseburg, den 6. April 1881.

Wittwe Hartmann,
Gefgrube Nr. 25 vis à vis Herrn Ad. Hendel.

Hierzu eine Beilage.

Gäste zum Mittagstisch

werden angenommen bei
G. Hindorf, Friedrichstraße Nr. 6.
Näh-Maschinen, bestes deutsches Fabrikat, empfiehlt unter mehrjähriger Garantie zu billigen Preisen
E. Hartung, Gotthardstraße 18.

Kaufmännische Fortbildungsschule.

Hierdurch zeigen wir ergebenst an, daß die neue Kurse der Kaufmännischen Fortbildungsschule Ende April beginnen.
Der Lehrplan umfaßt: Deutsche und französische Sprache, kaufmännisches Rechnen, Schönheitsbuchführung, Correspondenz und Geographie.
Der Course ist ein jährlicher und beträgt das Schulgeld pro Semester 25 Mark. Die Unterrichtsstunden sind **Mittwoch und Sonnabend**, nachmittags von 2 Uhr, und **Sonntag** Vormittag von 10^{1/2} bis 12^{1/2} Uhr.
Die Schule ist Jedem zugänglich, ergänzt sich nicht nur aus rein kaufmännischen, sondern auch aus weltlichen Kreisen, insofern den Schülern eine kaufmännische Ausbildung zu Theil werden soll.
Prinzipalen und Meistern, welche auf die Ausbildung ihrer Lehrlinge Werth legen, können wir ergebenst empfehlen, ihre jungen Leute zum Besuch der Schule anzuverordnen.
Jede gewünschte Auskunft wird von Herrn V. Keller und Herrn A. Schönlisch gern erteilt, und nach dieselben Anmelbungen bis zum 20. April entgegen.
Merseburg, den 8. April 1881.

Das Curatorium
Merseburger Landwehr-Verein

Die diesjährige II. Quartal-Versammlung findet **Sonntag den 9. d. M.,** abends 9 Uhr, auf der **Finkenburg** statt.
Nichterscheinende werden auf § 11 des Vereinsstatuts aufmerksam gemacht.
Das Directorium

Feuerwehr-Übung
Montag den 11. d. M., abends 8 Uhr
Versammlungsort: Gerätehaus.
Der Feuerlöschdirector

Sonntag früh
frischer Speckkuchen,
frischer Aufstich von
Nürnberg Bockbier
W. Leissring.

Bagr. Bier-Niederlage u. Restauration
Blofeld's Restauration
Heute Abend von 6 Uhr ab **Satzknochen**, Laden freundlichst ein

Satzknochen mit Meerrettig
Sonntag den 9. April, abends 7 Uhr,
Sonntag früh Speckkuchen
bei **A. Pfeil,**
Stadt Merseburg

Ein unberatheter Mann gesteht sich, sucht auf diesem Wege Stellung, 3. V. als **Seher, Bote und dergl. sofort oder später.**
Gf. Offerten erbeten unter G. R. Nr. 100 der Exped. d. Bl.

Ein Paar Maltfelder Tauben sind entflohen; abzugeben eine gute Belohnung
Sitzberg Nr. 1
Ein gelber Hund (Wechs-Race) ist zugelaufen
Neumarkt 43

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und
Sonntag früh 7 Uhr.
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Vorzahlung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

M. 56. Sonnabend den 9. April. 1881.

Für das laufende Quartal werden Abonnements auf den Merseburger Correspondent zum Preise von 125 reys. 120 Pf. von allen Vorzahlungen, Postkosten, sowie in der Expedition entgegen genommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweifelhafte Verbreitung.

Die erste Berathung des Arbeiterunfallversicherungsgesetzes.

So will läßt der Gang der ersten Lesung des Gesetzentwurfes über die Arbeiterunfallversicherung ein Bewußtsein erkennen, daß derselbe in der gegenwärtigen Reichstagesession noch nicht zu einem erfolgreichen Abschluß gelangen wird. Nicht nur, weil die Meinungen über die Materie noch weit auseinandergehen, sondern mehr noch, weil die Vorlage ihrem Inhalte nach vollständig unferdig ist, weil sie gar nicht das Bedürfnis zum Erlasse eines solchen Gesetzes durch Thatsachen und Zahlen begründet, sondern es nur auf mehr theoretischem Wege darzulegen sucht, weil sie durchaus nicht mit genügender Genauigkeit die Ausdehnung, welche die vorgeschlagenen Institutionen erhalten sollen, bestimmen läßt, weil man sich von den Wirkungen des Gesetzes gar keine genügende Vorstellung machen kann. Da z. B. eine Anzahl wichtiger Betriebe unter das Gesetz fallen oder nicht, bleibt unklar, über die Höhe der Prämienfrage werden auch nicht einmal annähernde Angaben gemacht oder Nuthangaben angeführt. Es wäre unverantwortlich, wenn die Abgeordneten auf solch' unsicherer Grundlage ein Votum fällen sollten, dessen Tragweite zu verstehen sie gar nicht im Stande sind. Der Urheber des Gesetzentwurfes weiß dies sehr wohl und hat darum auch in seiner Rede am Sonnabend auf das Zustandekommen des Gesetzes in dieser Session verzichtet. Man muß auch zugeben, daß die Beschaffung des betreffenden Materials sehr schwierig ist, in der Zeit, welche zur Bearbeitung zur Verfügung stand, vielleicht unmöglich war. Aber man kann wohl mit Recht fragen: Warum legte man den Entwurf in so unfertiger Form und mit so ungenügender Begründung vor? Warum wartete man nicht damit, bis die genügenden Grundlagen gewonnen waren?

Fürst Bismarck hat auch hierüber in seiner Rede eingehenden Aufschluß gegeben: die Vorlage ist unklar — und vielleicht das wichtigste — der „klaren Ereignisse“, welche die bevorstehenden Reichstagswahlen in dem gewünschten Sinne beeinflussen sollen. Der Reichskanzler hat angesichts der nicht zu verkennenden Strömung nach links diese Besorgnisse vor dem Ausfall dieser Wahlen, die letzten Wahlen im Sommer 1878 fanden unter dem Einfluß der schändlichen Attentate statt; es ist anzunehmen, daß die bürgerlichen Mittelklassen in Stadt und Land, welche gewöhnlich den Ausschlag geben, diesmal unter dem beständigen Einfluß der erzeugenden Einflüsse immer neuer Steuerprojecte diesmal die Opposition verstärken werden. Gegen die mittleren Schichten sollen nun Arbeiter gewonnen und in's Feld geführt werden. Das Recept ist nicht neu, es ist ja schon zu Zeiten des Consiliums in den Sechziger Jahren, als Lassalle und seine Anhänger begünstigt wurden, in Preußen versucht worden. Es gelang damals in geringem Grade; die durch Lassalle erzeugte Bewegung gewann nur allmählich an Terrain,

und die Arbeiter fielen bei dem preussischen Dreiklassenwahlrecht auch weniger in's Gewicht. Bei den Reichstagswahlen liegen die Verhältnisse für die abermals aufgenommene Taktik viel günstiger. Bis jetzt haben sich freilich die Arbeiterkreise noch durchaus nicht durch die Vorlesungen gewinnen lassen; Hunderte von Petitionen liegen im Reichstage bereits gegen die Vorlage vor, keine dafür. Aber der Reichskanzler tröstet sich damit, daß die Sache noch nicht genügend in die Arbeiterkreise eingedrungen ist, und seine Rede hat den Zweck, dahin zu wirken. Sie ist in dieser Beziehung recht geschickt. Sie wirft alles Licht auf eine, allen Schattens auf die andere Seite. Ob der Versuch Erfolg haben wird, steht dahin.

Die Vorlage will eine auffallende Lücke ausfüllen, welche das Haftpflichtgesetz gelassen. Alle Parteien sind bereit, diese Lücke auszufüllen. Aber der Entwurf geht weit darüber hinaus, indem er sich auf das Feld des Sozialismus begiebt. Alle Parteien sind darin einig, die beiden Hauptpunkte, welche der Vorlage den sozialistischen Charakter geben — den Beitrag aus Reichs- oder Staatsfonds und die Reichsversicherungsanstalt — abzulehnen. Die Herren Richter und Stumm, Bamberger und v. Marschall stimmen in diesem Punkte überein, obgleich sie in der Motivierung auseinandergehen. Fürst Bismarck erklärt aber, daß ihm gerade Das, was alle Parteien verwerfen, welche der Vorlage den sozialistischen Charakter geben, die Hauptfrage ist. Er wirft Allen vor, die nicht seiner Meinung sind, daß sie sich lediglich von Parteihasse leiten lassen. Er wirft Allen vor, die nicht seiner Meinung sind, daß sie sich lediglich von Parteihasse leiten lassen. Er wirft Allen vor, die nicht seiner Meinung sind, daß sie sich lediglich von Parteihasse leiten lassen.

Politische Uebersicht.

Der Reichstag hat am 6. April seine Discurssion angetreten. Am 26. April sollen die Arbeiter wieder aufgenommen werden. Nach Uebersetzung des Unfallversicherungsgesetzes

an eine Kommission brachte der Reichstag noch das so lange von weiten Kreisen ersehnte Gesetz über die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Reichsbeamten glücklich in dritter Lesung unter Dach, während einige andere ebenfalls bis zur endgültigen Abstimmung geförderte Vorlagen wegen der schon seit einiger Zeit eingetretenen Beschlußunfähigkeit liegen bleiben mußten. Diese Beschlußunfähigkeit ließ auch eine Entscheidung über die geschäftliche Behandlung des Gesetzes betr. die Bekämpfung der Trunkenheit, dessen erste Berathung zu Ende geführt wurde, noch nicht zu Stande kommen. Von besonderer Wichtigkeit war die vom Reichstage fast einstimmig beschlossene Resolution, durch welche die Reichsregierung aufgefordert wurde, eine internationale Vereinbarung gegen die auf den Fürstenmord gerichteten Bestrebungen zu treffen. Während die Sozialdemokraten, da sie nicht zum Worte kamen, also ihr beabsichtigtes ablehnendes Votum nicht begründen konnten, sich „um Mißdeutungen zu verhüten“, der Abstimmung enthielten, stimmten vom ganzen Hause nur zwei Mitglieder der Fortschrittspartei gegen die Resolution. Zweck derselben ist bekanntlich, die deutsche Regierung zu unterlegen, wenn sie es für angezeigt hält, gegen die bezeichneten Bestrebungen, welche namentlich in der Schweiz und in England von nihilistischen und sozialrevolutionären Elementen unter Mißbrauch des Asylrechts offen gefördert werden, im Wege diplomatischer Verhandlungen vorzugehen. Ob dies geschehen wird, das hängt von der Bereitwilligkeit der übrigen Staaten ab, auf den Gedanken einzugehen. Bis jetzt ist davon aber zumeist noch nicht viel zu erkennen. Man scheint die Besorgnis zu hegen, das Asylrecht könnte, wenn erst einmal angefangen würde zu verhandeln, ganz und gar zu Schaden kommen.

Die preussische Regierung und die Ultramontanen sind jetzt sehr höflich mit einander; sie erweisen sich einander kleine Liebeshandlungen, die nichts kosten, aber sie trauen sich gegenseitig nicht über den Weg. Es ist dem Centrum von fern die Möglichkeit einer Nachsession des Landtags nach Pfingsten gezeigt worden, in der eine neue, die weitere Revision der Maßregeln enthaltende kirchenpolitische Vorlage den Hauptgegenstand der Berathung bilden soll. Jetzt sagen die Offiziere, über eine Nachsession seien bisher gar keine ernstlichen Erwägungen angestellt worden; es sei ja nicht ganz unmöglich, daß eine solche notwendig sein werde, aber bis jetzt lägen gar keine Thatsachen dafür vor. Das will wohl sagen, daß die Regierung auf ein weiteres Entgegenkommen Roms gerechnet habe, das bis jetzt nicht eingetreten ist. Herr v. Buttkeamer möchte freilich dessen ungeachtet der Curie immer weiter entgegenkommen; aber es gibt Factoren, welche den Collegenminister verhindern, seinen Gelüsten nach zu folgen.

Die Prager Universitätsfrage ist, wie man aus Wien schreibt, nunmehr definitiv gelöst. Die österreichische Regierung beschloß, neben der alten deutschen Hochschule eine besondere czechische Universität in der böhmischen Hauptstadt zu errichten. Nur der altherwürdige Name Carololo-Ferdinandea soll beiden Hochschulen gemeinsam sein und außerdem bleibt den Czechen die Benützung des Promotionssaales der deutschen Uni-

